



Göttingen, den 14.06.2017

Pressemitteilung des Fachverbands Deutsch als Fremd- und Zweitsprache e.V. (FaDaF) zu den Plänen der Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg
Gebühren für ausländische Studierende sind unfair und kontraproduktiv!

Nach Baden-Württemberg plant nun auch Nordrhein-Westfalen Studiengebühren für Ausländer einzuführen. Der Fachverband Deutsch als Fremd- und Zweitsprache e.V. (FaDaF) lehnt Studiengebühren für ausländische Studierende aus bestimmten Ländern strikt ab, denn sie richten sprach- und integrationspolitischen ebenso wie volkswirtschaftlichen Schaden an. Nicht zuletzt bedeuten sie die Abkehr von der Idee des internationalen Austauschs und der weltweiten partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Wer ausländische im Unterschied zu deutschen Studierenden mit Zusatzkosten belegt, zieht Gräben zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen und trifft die ökonomisch Schwächsten, egal wie begabt und motiviert sie sind. Dabei ist ein Studium in Deutschland gerade für Studierende, die aus Ländern außerhalb Europas kommen, vergleichsweise teuer. Denn ausländische Studienbewerber müssen meist zunächst erhebliche Mittel für akademische Vorbereitungsprogramme inklusive des Erwerbs von Deutschkenntnissen auf Hochschulniveau aufbringen und während des Studiums im Vergleich zum Heimatland hohe Lebenshaltungskosten tragen.

Allein die Pläne zur Einführung von Studiengebühren haben große Unruhe unter ausländischen Studierenden in NRW ausgelöst. Viele überlegen schon zum kommenden Wintersemester in andere Bundesländer zu wechseln. Das wäre gerade für das bevölkerungsreichste Bundesland mit den meisten Hochschulen fatal. Studiengebühren führen dazu, dass ausländische Studienbewerber Deutschland zukünftig ganz meiden oder, um Kosten zu sparen, ihren Studienaufenthalt deutlich reduzieren. Sie werden daher auf Vorbereitungsprogramme verzichten und verstärkt die kürzeren und vor allem englischsprachigen Master-Studiengänge belegen. Wer auf Englisch studiert und sich nur kurze Zeit hier aufhält, ohne mehr als ein „Survival“-Deutsch zu lernen, wird selten eine tiefere Bindung an Land und Leute entwickeln. Und statt eine Arbeitsstelle in Deutschland zu suchen, wandert er nach seinem Abschluss in andere Länder ab. Deutschland braucht aber hochqualifizierte ausländische Absolventen mit guten Deutschkenntnissen, etwa in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern (hier vor al-

lem als Ingenieure) oder um im Interesse der auswärtigen Kulturpolitik mit gut ausgebildeten Lehrkräften Deutschlandstudien weltweit zu fördern.

Rechnet man die erhöhten Beratungs- und Verwaltungskosten zur Eintreibung dieser Gebühren, die angedachten Befreiungen für Teilgruppen und den zu erwartenden starken Rückgang der Zahl ausländischer Studierender (mindestens 30-40%) ein, dürften sich, wenn überhaupt, nur geringe Mehreinnahmen realisieren lassen.

Bundesländer, die Studiengebühren einführen, werden auf mehreren Ebenen verlieren: Weniger ausländische Studierende bedeuten für die Region Umsatzeinbußen, für die Unternehmen fehlendes Fachpersonal und für die Hochschulen, die außerhalb der Ballungszentren schon jetzt und aus demographischen Gründen zunehmend mit Rekrutierungsschwierigkeiten kämpfen, verlorene Zuschüsse und die drohende Schließung von Studiengängen.

Studiengebühren für Ausländer sind wirtschaftlich kontraproduktiv, unfair gegenüber den sozial Schwächeren und senden gerade heute das falsche gesellschaftliche Signal: Ein weltoffenes Land profitiert vielfach von internationalen Studierenden und diskriminiert sie nicht. Deshalb befürwortet der Fachverband Deutsch als Fremd- und Zweitsprache e.V. (FaDaF) einen grundsätzlichen Verzicht auf gesonderte Gebühren für ausländische Studierende und fordert die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg auf, entsprechende Pläne bzw. Gesetze zurückzunehmen.

3.744 Zeichen (inkl. Leerzeichen), Belegexemplare erbeten!

Kontakt

Fachverband Deutsch als Fremd- und Zweitsprache e.V. (FaDaF)

Geschäftsstelle an der Universität Göttingen

Käte-Hamburger-Weg 6

37073 Göttingen

Tel.: 0551-394792, buero@fadaf.de, www.fadaf.de

Dr. Matthias Jung, Vorsitzender, jung@fadaf.de, Tel.: 0179-5182119 oder 0211/56622-328